



Antwort zur Anfrage Nr. 0954/2022 der AfD-Stadtratsfraktion betreffend **Finanzielle Belastung der Mainzer Mobilität durch die aktuelle Situation (AfD)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

*1. Wie hoch sind die seit Januar entstanden Mehrkosten durch die gestiegenen Spritpreise?*

Die Mainzer Verkehrsgesellschaft mbH (MVG) hat eine Preisabsicherung über den Großteil der benötigten Dieselmenge über mehrere Jahre. Deshalb wirkt sich der Preisanstieg beim Diesel bei der MVG nur bei einer Teilmenge (ca. 30 %) unmittelbar aus. Im ersten Halbjahr entstanden Mehrkosten im Vergleich zum Wirtschaftsplan von ca. 270.000 €.

*2. Wie hoch sind die (geschätzten) Umsatzeinbußen (fehlender Verkauf von Einzelfahrten, Tageskarten, Reduzierung/Aussetzung von Abokarten usw.) durch die Einführung des 9-Euro-Tickets?*

*3. Wie hoch sind die Ausgleichszahlungen/Förderungen von Bund und Land im Rahmen der Einführung des 9-Euro-Tickets?*

Zu2.+3.)

Durch die Cyber-Attacke sind die Systeme der MVG immer noch stark eingeschränkt, so dass derzeit die Verkaufszahlen nicht abgerufen und ausgewertet werden können. Die MVG geht davon aus, dass durch den Bund alle Fahrgeldausfälle zu 100% erstattet werden, da der Ausgleich für das 9-€-Ticket nach dem Vorbild der Zahlungen aus dem Corona-Rettungsschirm erfolgt. Eine Abschlagszahlung in Höhe von ca. 15 Mio. € hat die MVG bereits erhalten.

Mainz, 14.07.2022

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger  
Beigeordnete